

DB Regio AG

Übergriffe auf Bahnpersonal im ersten Halbjahr 2026

Die DB Regio AG hat gestern die Zahlen des ersten Halbjahres 2026 zu den Angriffen und Übergriffen auf Bahnpersonal veröffentlicht. Mit insgesamt 989 Vorfällen stellen sie einen traurigen Rekord dar. Diese späte Erkenntnis über das Offensichtliche tritt mit einer Verspätung ein, wie wir sie bereits von den Zügen der Deutschen Bahn gewohnt sind.

Die von Herrn van Zijderveld vorgestellten Schritte, um die Sicherheit der Angestellten zu erhöhen, decken zumindest teilweise unsere durchgehend gestellten Forderungen ab. Bodycams mit Tonaufzeichnung, Mehrfachbesetzungen und der Prio-Ruf sind nur einige der Wege, die die Kollegen auf den Zügen schon lange fordern. Es hat erst zu vermehrten schweren Angriffen kommen müssen, bis der Arbeitgeber seinen Mitarbeitenden überhaupt zuhört und das umsetzt, was Sachverständige aus Wissenschaft und Gewerkschaft fordern.

Um unsere Kolleginnen und Kollegen auf der Schiene nachhaltig und wirksam zu schützen, muss aber auch der Gesetzgeber aktiv werden. Gesetze müssen zum Schutz von Service-, Sicherheits- und Rettungskräften reformiert, ein Durchgriffsrecht eingeführt und eine konsequente Strafverfolgung gewährleistet werden. Von Bundesverkehrsminister Bilger erwarten wir daher, dass er entsprechende Reformen im Kabinett schnellstmöglich anstößt.

Keines unserer Mitglieder hat noch Verständnis dafür, dass sich weder die Verantwortlichen bei der Bahn noch die einflussnehmenden Politiker ernsthaft um die Sicherheit kümmern. Zusagen der jeweiligen Verantwortlichen hören wir seit Jahren. Inzwischen ufern die Angriffe derart aus, dass sich das Zugpersonal jeden Tag um Leib und Leben sorgen muss. Es kann doch nicht sein, dass derartige Vorfälle, die mit dem Tod eines Zugbegleiters oder Schlägereien bis zum Sturz aus dem mit 120 km/h fahrenden Zug weiter in Kauf genommen werden. Wenn Zugbegleitpersonal präventiv stichfeste Sicherheitswesten anlegen muss, hat sich Deutschland in Fragen der Sicherheit zum Entwicklungsland degradiert. Das kann und darf keinesfalls der richtige Ansatz sein.

Bemerkenswert ist in der Stellungnahme auch das, was nicht enthalten ist: Herr van Zijderveld verliert kein Wort über das großspurig angekündigte Alkoholverbot an deutschen Bahnhöfen. Offensichtlich wissen sie selbst, dass dieser Vorstoß nichts weiter als plakative Augenwischerei ohne realistische Durchsetzungsmöglichkeit war.